

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Interessen der in der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis, durch die Post bezogen, pro Quartal 1 Mk. Anzeigenpreis die 3 gespaltene Zeile 40 Pfg. Telephon Nr. 535

Eigentum des christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands

Schriftleitung: Duisburg, Seitenstraße 19. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Abonnementsbestellungen etc sind an die Geschäftsstelle Seitenstraße 19 zu richten

Beharrlichkeit und Ausdauer!

bringt den Erfolg. Vornehmlich in der gewerkschaftlichen Arbeit, in der Agitation. Darum nicht erlahmen, nicht ermüden, wenn sich große Schwierigkeiten aufdrängen.

In allen Ortsgruppen, die es mit ihrer Organisationsarbeit ernst nehmen, muß die Winterarbeit jetzt im vollen Gange sein. Das Winterprogramm ist aufgestellt, nun ist die Ausführung in Praxis durchzuführen.

Das wichtigste ist und bleibt vorläufig die Werbearbeit. Unsere Kämpferschar muß verstärkt werden, um die praktischen Erfolge unseres Strebens zu beschleunigen. Nach einer wirtschaftlichen Krise gehen wir jetzt wieder einer besseren Konjunktur entgegen. Dieser Vorfrühling des Wirtschaftlichen muß agitatorisch ausgenutzt werden. Darum an die Arbeit!

In den Mitgliederversammlungen und Vertrauensmännerkämpfen ist die Kleinarbeit zu organisieren, die Arbeitsfreudigkeit anzuspornen und fortlaufend nachzuführen. Die Vertrauensmänner müssen in der Gewinnung neuer Mitglieder wettkämpfen. Nicht einlege wenige, sondern alle Verbandsmitglieder müssen dabei mithelfen.

Besonders notwendig ist das zur erfolgreichen Durchführung der Hausagitation. Diese muß in allen Ortsgruppen, Bahnhöfen und Sektionen nachdrücklich in Angriff genommen und planmäßig betrieben werden. Wo dieses noch nicht eingeleitet ist, hat es unverzüglich zu geschehen.

Gewerkschaftler haben keine Zeit müde zu sein. Arbeiten, streben, kämpfen ist unser Los. Nur darin finden wir Befriedigung, nur das verbürgt uns den Erfolg.

Sittliche Werte der gewerkschaftlichen Arbeit.

In einer öffentlichen Metallarbeiter-Versammlung in Essen anlässlich des zehnjährigen Bestehens unseres Metallarbeiterverbandes hat Herr Dr. Sonnenschein über die sittlichen Werte der Gewerkschaftsarbeit einen Vortrag gehalten, den wir seiner Wichtigkeit wegen an dieser Stelle zum Abdruck bringen und unseren Lesern zum eingehenden Studium empfehlen.

Herr Dr. Sonnenschein (M.-Glabbeck): Meine sehr verehrten Herren! Die Beantwortung der Frage, ob die gewerkschaftliche Organisation, diese Zusammenfassung der Kraft und Macht des Industriearbeiterstandes, auch nach der sittlichen und erzieherischen Seite Werte für unsere vaterländische Entwicklung darbietet, wird vereint im Angesichte dieser imposanten Versammlung und nach der ergreifenden Rede Ihres Verbandsvorsitzenden eine außerordentliche leichte. Er hat uns aus den Anfängen Ihres Verbandes erzählt, von Not und Mühen, von angstreichen und opferreichen Stunden. Er hat uns daran erinnert, wie es die eigne Kraft ganz allein gewesen ist, die Sie zu dem Vereine zusammenschloß, die eigne Kraft, die Sie erobern hieß, die eigne Kraft, die Sie heute noch an Ihre Fahne jesselt. Nicht alle Ueberlieferung, nicht bequemeres Weiterleben, nicht der Schleibrian des Geschehenlassens, sondern Wille und Entschlossenheit und Hingabe an Ihre Fahne. Und was soll ich sagen angesichts dieser Versammlung selbst. Eine solche Versammlung, diese Art dem Redner zu folgen, diese Aufmerksamkeit und Umsicht, zu hören, zu beweisen und zuzustimmen, diese prächtige Selbstdisziplin wäre vor 10 Jahren unmöglich gewesen. Als vor einigen Monaten in Wien der christliche Gewerkschaftskongress tagte, sah ein Ausländer neben mir, der mir sagte: „Ich bin überrascht von diesen Köpfen. Social interessierende und interessante Köpfe sieht man nicht alle Tage in öffentlichen Versammlungen.“ Ich sage daher, es ist heute und hier leichter als sonst, die den Gegenstand meines Vortrags zu erledigen. Es gilt lediglich, die

Empfindungen dieser Stunde im Einzelnen auszumalen und darzulegen. Also:

Ist Gewerkschaftspolitik lediglich Machtpolitik oder auch Erziehungspolitik.

Sie ist auch Erziehungspolitik. Ist es in hohem Maße. Es gibt weite Volkskreise, die von niemand anders so liebevoll, so eneralsch und so erfolgreich erzogen werden können, als von der recht aufgeklärten Arbeiter- und Veretnepolitik, als von der Gewerkschaftspolitik. Es liegen in ihr außerordentliche Werte, persönliche, gesellschaftliche und vaterländische Erziehungswerte.

Was zunächst die ersten dieser Werte und Momente, die Persönlichkeitswerte

angeht, so springt vor allem die in Ihrer Bewegung geweckte

Bildungsbetätigung

in die Augen. Die Gewerkschaftsbewegung weckt das Bildungsbedürfnis auch im einfachsten und letzten Arbeiter. Wer vollkültiges Gewerkschaftsmitglied sein will, muß an seiner Bildung tätig sein, denn Gewerkschaftsmitglied sein, heißt mitarbeiten an der Hebung eines ganzen Standes und eines Landes, der weit über seinen eigenen Stand hinaus verbunden und verknüpft ist mit den Schicksalen anderer Stände, der eingegliedert ist in ein Wirtschaftsleben, so verwoben, wie es die Geschichte der letzten 1000 Jahre nicht gekannt hat. Wir stehen mitten in einem Wirtschaftsleben, das alle Tage wächst, das für 64 Millionen Menschen heute schon Platz und Haus und Boden und Kleidung und Nahrung schaffen muß, in einem Wirtschaftsleben, so kompliziert, daß wir über die Meere mit unserem Export, bis ins letzte kleinste Dörfchen mit unserem Reisenden stehen. Gewerkschaftsmitglied sein heißt, in dieses Netz von Dingen, in diese ineinander verschlungenen Verhältnisse sich einen Einblick gönnen, langsam dahinter kommen, wie die Dinge zusammen hängen. Nur der, der einen Überblick hat, der schätzen kann, wie notwendig Kapital, Fabrik, Intelligenz und organisierte Arbeiterschaft sind und wie nötig alle diese Faktoren zusammen gehören, nur der kann ein verständiger Gewerkschaftsmitglied sein. Darum heißt gewerkschaftlich organisiert sein zunächst an seiner persönlichen Ausbildung arbeiten. Darum findet man auch die ständig steigende

sozialstaatsbürgerliche Intelligenz

in den Kreisen unserer Gewerkschaftler; die Gewerkschaften sind in dem Augenblick stumpf, in dem sie lediglich über ausgehekte, aber nicht aufgeklärte Massen verfügen. Es ist in ihrem Wesen bedingt, ihre Arbeiter stärker zu schulen und zu bilden, als irgend ein anderer Verband es tut, denn es verlagten die Arbeitermassen, wenn sie nicht gebildet und geschult sind, auf dem Gebiet ihrer eigenen Interessen. Aus dieser Spezialbildung, die die Gewerkschaften naturnotwendig fördern, wächst ganz von selbst ein Bedürfnis nach größerer

Allgemeinbildung,

nach stärkerer Anteilnahme an dem geistigen Leben des ganzen Vaterlandes überhaupt heraus. Nur der stupide Arbeiter, der ganz unten an der Grenze der Kultur steht, hat kein Interesse für Musik und Theaterveranstaltungen, keines für ein gutes Buch, das er in seiner freien Zeit daheim lesen könnte. Wer Gewerkschaftskämpfer ist, der weiß, daß die freie Zeit, die er hat, langsam erkämpft worden ist, daß er vielleicht fünf Jahre gerungen hat, um eine halbe Stunde mehr arbeitsfreie Zeit für sich zu erobern, und deshalb hat er ein Interesse daran, in dieser freien Zeit seiner Selbstbildung, seinem eigenen Wirtleben in geistigen Dingen, der Aufgabe der Erziehung seiner Kinder, einer evelansprechenden Erholung nachzugehen. Und so steigt naturgemäß bei wachsender Gewerkschaftsbewegung der

Gebrauch der Bibliothek, das Interesse für klassisch Theaterstücke, das Interesse für eine gute Musik anstell der Tingeltangelorchestermusik und in von Tabaksqualm durchdrückerten Kneipen. Dem rückständigen Menschen sind diese höheren Genüsse fremd, weil er nicht gelernt hat, aus eigener Kraft an der Besserung seiner Lage zu arbeiten. Die Gewerkschaftsbewegung weckt zweifellos das Interesse an der Allgemeinbildung. Ohne sie würden die Kurse, die in den Ferien von Studenten abgehalten werden, nicht so stark von Arbeitern und kleinen Leuten besucht sein, die dort ihre Kenntnisse bereichern können, ohne Gewerkschaftsbewegung würde das Interesse an den politischen Vorgängen innerhalb der Arbeiterschaft nicht so lebendig sein. Nun könnte man sagen, das ist aber noch wenig, wenn die Gewerkschaft nur Bildungswerte erzeugt. Wir können aber gleich hinzufügen, daß sie an zweiter Stelle außerordentlich starke

Charakterwerte

und wirkliche Erziehungswerte ihren Mitgliebern vermittelt. Ist es nicht zunächst ein

Gefühl des Schutzes,

das verkehrt wird von einer großen Organisation, an die man sich anlehnen kann? Wenn Ihr Vorsitzender eben ausführte, daß gerade die Metallarbeiterorganisation ein Schutz- und Trugbündnis darstellt gegenüber den Gewalten, denen gegenüber man sich in seiner ganzen Kraft zeigen muß, um etwas durchzusetzen, so frage ich Sie, ist es für den einzelnen Arbeiter nicht etwas überaus Sittigendes, nicht etwas überaus Beruhigendes, nicht etwas überaus Charakterstärkendes, wenn er weiß, daß er Jemanden hinter sich hat? Wer ein Waisenkind ist im gewöhnlichen Leben, der entbehrt bitter die Stärke der Familie, und wer ein Waisenkind ist im wirtschaftlichen Leben, der entbehrt jene Kraft, die von einer Organisation ihm geboten wird. Die Organisation ist seine Familie. Es entwickelt sich der Charakter bei weitem besser, wenn sein Träger im geschlossenen Stande auftreten kann. War nicht dieses Wert eine vornehmliche Eigenschaft der mittelalterlichen Wirtschaftsorganisationen? Der Arbeiter fühlt sich als Mitglied einer Organisation nicht mehr als ein weggewehtes Blatt, als ein abgerissener Zweig des Baumes, sondern als etwas Lebendiges, als etwas Familienhaftes, er erlebt den heimatischen Zusammenschluß mit Anderen, die den gleichen Pfug führen, die den gleichen Hammer schwingen; er ist kein Waisenkind mehr. Das ist die erste Charakterstärkung, die jede Organisation gibt. Dadurch werden Charaktere geschaffen. Charaktere müssen aus sich selbst heraus wachsen, in einem Ganzen ihre Eden und Ranten abstoßen. Aber nicht nur das Gefühl des Standesbewußtseins, nicht nur das Gefühl, Arbeit geleistet zu haben, auch das Gefühl, wirkliche und praktische

Nächstenliebe

ausgeübt zu haben, darf das Hochgefühl des Gewerkschaftlers sein. Es ist nicht der Egoismus in erster Linie, es ist nicht die Selbstsucht in erster Linie, die die Gewerkschaft ausmacht, denn sehr viele von Ihnen erleben es nicht mehr, daß Sie ernten können, was Sie mit blutender Hand gesät haben. Die Älten, die unter uns sind und schon in den nächsten Jahren abberufen werden können, haben unendlich viel geleistet, wovon sie selbst auf Erden nichts mehr haben werden. Aber das ist eben der Grundtrieb der Gewerkschaftsbewegung, die Lage für den Stand, für die Kinder, für die Enkel, die vereint im Schatten des Baumes leben können, den sie „in notvoller Zeit“ mit schwerer Hand gepflanzt haben. Ich darf so mit Recht sagen, daß die Gewerkschaftsbewegung ein Stück moderner Nächstenliebe, ein Stück lebendigen Sozialismus dem Arbeiterstande ist. Das sind nicht die idealsten Arbeiter, die die Hände ineinander legen

und warten, bis ihnen von der Organisation, der sie nicht angehören, gelegentlich Vorteile in den Schoß geworfen werden. Das sind nicht die Idealisten, die da sagen, sie wollten von dem rauhen Wirklichkeitsleben nichts wissen, sondern das sind die Idealisten, die den Kampf wagen, damit auch die anderen, die Nachbarn, die Standesgenossen gehoben werden, damit auch sie aufrecht und gerade, frei und geachtet durchs Leben gehen können.

Es sieht sich vielfach, besonders in den gebildeten und geachteten Ständen und Körperschaften so an, als ob der „arbeitswillige“, der „waterländische“, der „gelbe“ Arbeiter idealer sei, weil er weniger Kraft und Stärke daran setzen will, für seine wirtschaftlichen Interessen zu kämpfen, weil er eher davon träumt, daß ihm die Dinge von selbst zukommen, weil er „lieblicher“ ist. Die „braven“ Kinder sind noch lange nicht immer die wirklich besten und ich fürchte, es gibt viel eher Faulheit, Bequemlichkeit und Egoismus, ganz kleiner Spieltheaterregismus dahinter. So besitzt die Gewerkschaftsbewegung Bildungswert und Charakterwert. Drittens aber auch

Familienwert.

Wir klagen heute mit Recht darüber, daß die Eltern und Kindern gemeinsamen Interessen auf nur kleinere Flächen beschränkt werden, d. h. daß die Eltern von heute und die Kinder, die jetzt herangewachsen sind, nicht mehr soviel gemeinsam zu besprechen, gemeinsam zu überlegen haben, wie früher. Diese Flächen, auf denen sich Eltern und Kinder heute treffen, sind schmaler geworden, weil die junge Generation nicht unter den Bedingungen groß wurde, unter denen die Alten aufgewachsen sind. Da schafft die Gewerkschaftsbewegung in einer Familie einen ungeahnt weiten neuen Boden gemeinamer Interessen. Jetzt sehe ich den Vater, der seinen siebzehnjährigen Sohn nicht nur erzieht in seiner sonstigen Weltanschauung, er erzieht ihn auch zum gewerkschaftlichen Gedanken und sagt ihm nach der Versammlung, was der Vorsitzende Ihnen soeben gesagt hat. Er erzählt ihm wie es in früheren Zeiten war, erzählt ihm von den Opfern, die Sie gebracht haben, um diese Gewerkschaft groß zu ziehen.

Ich frage: Ist das kein Erziehungswert, wenn ich der heranwachsenden Jugend solche Dinge erzähle. So kennt sie eine Welt kennen, die mehr ist als bloßes Biertrinken, als bloßer Sport oder bloßes Herumlaufen, eine Welt, die Kraft und Opfer fordert, Kampf und Mühseligkeit, klare Augen und reine Herzen, Tugend und Fleiß, Ernst und Energie, lebere, ideale Energie. Und von dem Gewerkschaftsgedanken spricht nicht nur der Sohn, auch die Mutter kümmert sich darum, ob ihr heranwachsender Sohn empfänglich ist für die soziale Frage und Energie. Die Mutter wird es nun aus doppeltem Grunde nicht ansehen können, daß der Sohn für sich dahinlebt und vielleicht auf schlechte Wege gerät. Die Mutter hat selbst ein großes Interesse daran, in unserer Bewegung den großen Befreiungskampf mitzukämpfen. Sehen Sie, ist das nicht für die Familie eine wichtige Kraft, lebendig zu bleiben und viele Interessen zu wecken. Das Familienleben hat in den Kreisen, die gewerkschaftlich denken, mehr Möglichkeit, lebendig zu sein, als in den Kreisen, die von nichts wissen wollen und nur spießbürgerlich und stupide dahinträumen.

Es gibt ja leider auch eine Gemütskrankheit, die darin besteht, daß man sich alles vom Halbe hält, aber was ist nicht die große Zufriedenheit eines Menschen, der aufwärts strebt. Das führt in den Dreck und in den Sumpf hinein. Daraus wachsen keine hohen Menschen heraus. Vor einer solchen Verspiegelung muß sich der Arbeiterstand verwahren. Er muß gewerkschaftlich tätig sein. Das peitscht den Sumpf auf, das gibt lebendiges Quellwasser in unseren Familien, in dem Wasser tummelt sich das Kind und wächst stark in das künftige Ideal seines Lebens hinein.

So weit die Persönlichkeitswerte, die die Gewerkschaftsbewegung gibt.

(Schluß folgt.)

Sozialreform und ihre Gegner.

Gegen die Gleichberechtigung der Arbeiter und gegen die weitgehende Sozialreform haben die meisten Vertreter der Großindustrie sich von jeher gewehrt. Höhere Gesichtspunkte, nationale und volkswirtschaftliche Gründe, bestimmten Regierungen und Parlamente der Arbeiterchaft eine gewisse, gesetzliche Gleichberechtigung einzuräumen, sowie soziale Reformen durch die Versicherungsgeetze und Arbeiterschutzbestimmungen in die Wege zu leiten. Von einer wirklichen Gleichberechtigung der Arbeiter von ihrer politischen und sozialen Selbstständigkeit, von einem konstitutionellen Fabrikssystem kann aber heute noch nicht die Rede sein. Durch die Gesetzgebung des Jahres 1869 wurden zwar die Koalitionsverbote für die gewerblichen Arbeiter aufgehoben und ein Koalitionsrecht geschaffen, das ihnen eine be-

grenzte Bewegungsfreiheit gab und die Selbsthilfe ermöglichte.

Aber dieses Koalitionsrecht besteht vielfach nur in der Theorie. Der freie Gebrauch desselben ist mit vielen Schranken verhindert. Diese Schranken sind aufgestellt u. a. im Strafgesetzbuch und durch die Strafbestimmungen der Gewerbeordnung. Der § 153 der Gewerbeordnung verbietet mit einem gewissen Rechte den Koalitionszwang, nach seiner Auslegung auch Anwendung aber nur den Arbeitern. Das Stichwort Koalitionen ist durch diesen § 153 gesetzlich geschützt, nicht aber das Einhalten. Es fehlt an einer Strafbestimmung für jene, die den Arbeiter, gleichviel mit welchen Mitteln, an der Koalition, an dem Beitritt und der Beteiligung bei der Arbeiterorganisation hindern. Den Unternehmern läßt man ungestraft, schwarze Listen, Reverse, Arbeitgeber-Arbeitsnachweise und gewisse Wolkenscheinrichtungen gegen einzelne Arbeiter und gegen die Arbeiterorganisationen in Anwendung bringen. Arbeiter, welche den Beitritt oder Rücktritt von einer Organisation erzwingen wollen, verfallen aber dem Gesetze. Diese

Ungleichheit vor dem Gesetze

und bei der heute geltenden Rechtsprechung zu heftigen, ist dringend erforderlich. Das wurde auch regierungsfestlich anerkannt.

In der Sitzung des Reichstags vom 20. April 1907 hat der Staatssekretär des Reichsjustizamts zugegeben, daß die Rechtsprechung, auf dem Gebiete der Erpressung und des Koalitionsrechts zu manchen Ergebnissen geführt habe, die in ihren Konsequenzen berechtigter Zweifel erwecken könnten, und daß die gesetzlichen Bestimmungen nicht so klar und fest abgegrenzt seien, wie es gerade für diese Materie geboten erseheine.

Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese zwar recht vorichtige und diplomatische Äußerung mit Veranlassung zum nunmehrigen Rücktritt des Staatssekretärs von Rieberding geführt hat. Jeder Staatsmann, der seine Geneigtheit zu erkennen gab, den Wünschen der Arbeiter auf Erweiterung oder Sicherung gewisser Rechte entgegenzukommen, ist bisher von den Industriellen bekämpft worden. Mancher hohe Staatsbeamte hat seinen nach dieser Richtung hin betätigten Wagemut mit dem Verlust seines Amtes büßen müssen. Es sei nur erinnert an die Herren von Kottenburg, Minister von Bertauch, an den Grafen Posadowsky. Die Scharfmacher haben sich offen gerühmt, den Sturz dieser Männer herbeigeführt zu haben. — Der

Einfluß der Großindustriellen

und der mit ihnen verbündeten Kreise im volkswirtschaftlichen und öffentlichen Leben ist auch heute noch groß, größer vielleicht als je zuvor. Die Industriellen haben Berufs- und Zentralverbände gegründet und so ihre Macht noch weiter gesteigert. Der Verband deutscher Arbeitgeberverbände und die Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände vereinigen in sich 38 644 Mitglieder, bei denen 2 438 142 Arbeiter beschäftigt sind. Diese Verbände haben sich von Anfang an die Streikbekämpfung zur Aufgabe gesetzt, oder mit anderen Worten: die Arbeiterbewegung und die Ausübung des Koalitionsrechts illusorisch zu machen. Inzwischen ist ihr sozialpolitisches Programm erweitert worden: „Die immer verhängnisvoller sich gestaltende Entwicklung der sozialpolitischen Gesetzgebung bot einen vollauf begründeten Anlaß dazu, heißt es in einer Veröffentlichung der Unternehmerverbände Ende 1908. Dieses „erweiterte Programm“ ist im Grunde nichts anderes als eine Äußerung feindseliger Stimmung gegen die Weiterführung der Sozialreform. Es heißt da:

„Gegen die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung ist Protest einzulegen; die paritätischen Arbeitskammern sind zu verwerfen; Tarifverträge sind für die Entlohnung der Industrie im allgemeinen verderblich, das System der paritätischen und öffentlichen Arbeitsnachweise ist zu verwerfen.“

Am nachdrücklichsten wird jenen Gesetzesbestimmungen entgegengetreten, die geeignet sind, das konstitutionelle Fabrikssystem allmählich herbeizuführen und den Arbeitern ein Mitspracherecht bei Regelung des Arbeitsverhältnisses einräumen wollen. So werden denn auch die Beschlüsse der Gewerbeordnungskommission von 1909 hinsichtlich der Arbeiterausweise und das Arbeitskammergesetz in der Fassung der Kommission durch den Bund der Industriellen entschieden abgelehnt. In einer Eingabe dieses großen Unternehmerverbandes heißt es:

„Von den Kommissionsbeschlüssen zur Aenderung der Gewerbeordnung ist für die Industrie in erster Reihe die obligatorische Einführung von Arbeiterausweisen bedrohlich, die über innere Betriebsangelegenheiten gutachtlich gehört werden müssen. Dadurch wird die notwendige Verfügungsfreiheit des Unternehmers eingeengt und einer gefährlichen, durch regelmäßig wiederkehrende Wahlen genährten Agitation innerhalb der Betriebe werden die Wege gebahnt. So nützlich sich in vielen Fällen freiwillige Arbeiterausweise namentlich in größeren Betrieben zur Befestigung eines guten Unternehmens zwischen Betriebsleitung und Arbeiterchaft erweisen haben, so gefährlich und unannehmbar erscheint der deutschen Industrie die zwangsweise Einführung derartiger Ausweise.“

In Bezug auf das Arbeitskammergesetz erklärte dann der Bund der Industriellen sich insbesondere

gegen die Wählbarkeit der Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre. Dieser Beschluß der Reichstagskommission sei ein gefährlicher. Sodann wird noch gesagt:

„Mit schwerer Sorge hat die Industrie seit geraumer Zeit erfahren müssen, daß sozialpolitische Regierungsvorlagen zum Nachteil der Industrie durch Reichstagsbeschlüsse in einer Weise verändert worden sind, die den im Entwurf vielleicht eben noch eingehaltene Maß der Erträglichkeit überschritt und auf die Lebensbedürfnisse der Industrie die gebotene Rücksicht nicht mehr nahm. Die Erscheinung in der deutschen Gesetzgebung ist für die deutsche Industrie um so gefährlicher, als sie in einer Zeit fällt, wo beständig steigende Unkosten eine enorm außerordentlich anwachsende Steuerlast, Rückgang der Kaufkraft im Innern und Erschwerung des ausländischen Absatzes durch Zollmaßnahmen des Auslandes die Wettbewerbsfähigkeit und den Ertrag zahlreicher Betriebe vermindern oder vernichten.“

Es werden da also von den Unternehmern alle verfügbaren Register gezogen, alle Pfeifen zum Heulen gebracht, um der Regierung und dem Reichstag graulich zu machen.

Der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun kürzlich einen weiteren Vorstoß gegen die Sozialreform unternommen. Es sollen mehr „Salbenfabrikanten“ in den Reichstag gebracht und dadurch die Sozialgesetzgebung aufgehalten werden. Zu diesem Zwecke schlug der Generalissimo aller Scharfmacher, Dr. Max Lilla, die Schaffung einer Arbeitgeberpartei vor (Juni 1908). In einem im November 1908 veröffentlichten Schrift vom Karl König, Syndikus des Verbandes bayerischer Metallindustrieller, wurde dieser Plan abgelehnt und vorgeschlagen, die Arbeitgeberverbände auszubauen, die dann mehr wie bisher an die Öffentlichkeit treten sollten. Für die Arbeiterbewegung solle eine von den Unternehmerverbänden unterhalten billige gelbe Fachpresse geschaffen werden. Die nationalliberale Parteileitung der Provinz Brandenburg lud in einem im Oktober 1908 veröffentlichten Zirkular zur Diskussion über einen Industrieverband innerhalb der nationalliberalen Partei ein. Der Zentralverband deutscher Industrieller hat nun in einer im Oktober 1909 abgehaltenen Ausschusssitzung beschlossen, es sei im Hinblick auf die ungenügende Berücksichtigung der Industrie bei der Gesetzgebung eine wirkungsvollere Vertretung derselben insbesondere im Reichstag zu schaffen. Es soll ein

industrieller Wahlfonds

geschaffen werden, aus dem die industriefreundlichen Kandidaten (Abgeordneten) unterstützt werden. Der Gesamtvorstand des Bundes der Industriellen hat diesen Vorschlag abgelehnt. Der inzwischen gegründete, angeblich bereits auf 220 000 Mitglieder angewachsene Hansabund, soll die vorerwähnte Aufgabe übernehmen.

Das wird zweifellos geschehen. Industrieverbände, Hansabund, Geld und Presse wird also nunmehr gegen die Fortführung der Sozialreform Front machen. Vielleicht sind gewisse Meldungen von Tagesblättern über das Unterbleiben jeder sozialpolitischen Aktion der Regierung während der kommenden Reichstagsession von dieser Seite aus inspiriert! An die Richtigkeit dieser Meldungen können wir nicht glauben. Im Reichstag ist eine Majorität für Sozialpolitik vorhanden. Darauf hat Abg. Dr. Baumann in der Sitzung vom 11. Mai 1907 schon hingewiesen; das haben die von den Industriellen angefeindeten verabschiedeten Gesetze und die neueren Kommissionsbeschlüsse gezeigt. Es liegt also beim Bundesrat und beim Reichstanzler, ob der langsam laufende sozialpolitische Wagen mit Rücksicht auf das Treiben und das Verlangen der industriellen nun gänzlich zum Stillstand kommen soll. Das wäre kein guter Anfang der Amistätigkeit des neuen Herrn Reichskanzlers. Herr von Bethmann-Hollweg hat noch als Staatssekretär auf dem christlich-nationalen Arbeiterkongress, Oktober 1907, erklärt: Die Einordnung der Arbeiterbewegung in die heutige Gesellschaft halte ich für die größte Aufgabe unserer Zeit. Der Herr Reichskanzler kann die Erfüllung dieser Aufgabe wesentlich fördern durch Vorlage und Vertretung geeigneter Sozialgesetze. Mit dem Hinweis auf die radikale Sozialdemokratie, deren gesellschafts- und staatsfeindliche Tendenz, soll die Sozialreform nicht eingestellt werden. Wir möchten da an die Worte erinnern, die Herr von Bethmann-Hollweg am 2. Dezember 1907 im Reichstag, nachdem er sich gegen die Sozialdemokratie gewandt hatte, gesprochen hat:

„Der deutsche Arbeiter wird auf die Dauer trotz der Ideale ihres Zukunftsstaates diese Vertämmung nicht ertragen. Ich sehe einen Beweis dafür in dem Anwachsen der Arbeiterbewegung auf christlicher und nationaler Grundlage. Ich habe das Vertrauen, daß sich eine Arbeiterbewegung daraus entwickeln wird, die den Willen und den Entschluß hat, verantwortlich mitzuarbeiten an der Gestaltung unseres nationalen Lebens; in diesem Willen und in diesem Entschluß, das lehrt uns die ganze Geschichte, wird zugleich ein sicheres und starkes Mittel gegen die Ueberdehnung und Ueberspannung einseitiger Forderungen liegen. Diesen politischen Kräften, die im deutschen Volke nicht ersterben sind, Rechnung zu tragen, das wird meine Aufgabe sein.“

Will der Herr Reichskanzler diesen seinen Worten Rechnung tragen und auch die Hoffnungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft erfüllen, so darf er nicht zugeben, daß in der Sozialgesetzgebung nun ein Stillstand eintritt.

Zur Arbeitsnachweisfrage.

Das in diesen Tagen in ganz besonderem Maße in die Erscheinung tretende Bestreben der Arbeitgeber, durch Gründung einseitiger Arbeitsnachweise diese völlig in ihre Hand zu bekommen, um sie so als Kampfmittel gegen die Arbeitnehmer auszunützen, hat seinen Höhepunkt gefunden in dem vor kurzem veröffentlichten Plan des Reichsverbandes im Ruhrrevier, den Arbeitsnachweis vollständig in seinem Schoße zu monopolisieren. Diese einseitigen Arbeitsnachweise können sich auf die Dauer zu einer großen sozialen Gefahr auswachsen, sofern sie nicht nur faktisch die Koalitionsfreiheit sowie die Freiheit des Arbeitsvertrags beschränken, sondern auch den Arbeiter hinsichtlich seiner Beschäftigung völlig der Willkür des Arbeitsnachweises ausliefern, und wo die schwarzen Listen versagen, die Rolle dieser übernehmen. So sehr auch immerhin die von den Gemeinden eingerichteten bzw. unterstützten Arbeitsnachweisanstalten ein Gegengewicht gegen die einseitigen Arbeitsnachweise der Interessentenorganisationen bilden müßten, so können sie doch nicht in wünschenswertem Maße gegen die Arbeitsnachweise der mit großen Machtmitteln ausgestatteten Verbände aufkommen.

Unter diesem Gesichtspunkt erheben jetzt sozialpolitisch erfahrene und sachverständige Kreise die Forderung, daß der Staat durch die Aufstellung allgemeiner verbindlicher Normen für die Errichtung und Handhabung der Arbeitsvermittlung regelnd und schlichtend eingreift. In diesem Sinne verlangt z. B. in der „Sozialen Praxis“ (Nr. 5) neben der Beigeordnete der Stadt Straßburg i. Elß., Regierungsrat Dominikus, ein Reichsgesetz für den Arbeitsnachweis. Durch dasselbe sollte ein Zwang zur Errichtung öffentlicher Arbeitsnachweise in allen größeren Gemeinden ausgesprochen und damit die allmähliche Abschaffung sowohl der gewerbmäßigen als der Interessentenarbeitsnachweise verbunden werden.

Zur Unterstützung seines Vorschlags verweist Dominikus darauf, daß Deutschland in letzter Zeit auf dem Gebiete der Organisation des öffentlichen Arbeitsnachweises kaum etwas vorwärts gekommen sei, dagegen habe das Ausland sich in auffallendem Maße die Prinzipien, die eben für die Organisation und Verwaltung der öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland in gemeinsamer Arbeit von Theorie und Praxis in den letzten 15 Jahren ausgearbeitet worden seien, zunutze gemacht. Unter den angeführten Staaten: Schweiz, Ungarn, Frankreich hebt Dominikus vornehmlich England hervor. Hier hat der englische Handelsminister Winston Churchill am 19. Mai 1909 ein Gesetz über Arbeitsnachweis angekündigt, das inzwischen bereits einstimmig von beiden Häusern des Parlaments genehmigt und publiziert worden ist. Durch dieses Gesetz wird der Arbeitsnachweis als rein staatliche Organisation für ganz Großbritannien mit einem Schlage geschaffen. Es sollen über 200 staatliche Arbeitsnachweisanstalten errichtet werden. Zu dem Zweck ist ein Kredit von 2 bis 3 Millionen Mark für die nächsten Jahre bewilligt.

Charakteristisch ist die Begründung, die der Handelsminister Churchill diesem Gesetz gegeben hat. Er weist darin hin auf die Entwicklung, die die deutschen öffentlichen Arbeitsnachweise genommen haben, und stellt sie als das Muster hin, aber gleichzeitig erklärte er mit berechtigtem Stolz, daß sein System der einseitigen staatlichen Organisation des Arbeitsnachweises das deutsche Vorbild überflügeln wird. In diesem Sinne ist denn auch die englische Regierung bereits mit Eifer an die Ausführung dieses Gesetzes herangegangen.

Demgegenüber bezeichnet es Dominikus als betrübend, daß wir Deutschen es bisher noch nicht fertig gebracht hätten, aus der Masse der aufgedünnter Grundlage geschaffenen einzelnen öffentlichen Arbeitsnachweise in Deutschland ein einheitliches nationales System der Arbeitsvermittlung zu vollenden. Eine derartige Entwicklung müsse wirklich als sehr bedauerlich erscheinen, zumal nach seiner Uebersetzung es für das Deutsche Reich, in dessen Gebiet eine solche Masse von Vorarbeiten in der Organisation von Arbeitsnachweisen geleistet worden sei, ein Leichtes sein würde, durch Reichsgesetz eine einheitliche Organisation von öffentlichen Arbeitsnachweisen zu schaffen. Dabei möge man sich ruhig zunächst darauf beschränken, die vorhandenen öffentlichen Arbeitsnachweise unter Hinzufügung von verhältnismäßig wenigen neu zu gründenden einheitlich zusammenzufassen und die gewerbmäßige Stellenvermittlung allmählich zu beseitigen.

Die Kosten für eine solche reichsgesetzliche Organisation würden sich auf das Reich, die Einzelstaaten und die Gemeinden verteilen und auf diese Weise das Reich lange nicht so belasten, wie das in England der Fall sei, das nach seinem System zunächst einmal von der Heranziehung der Gemeinden zu den Kosten der Arbeitsvermittlung völlig absehe. Sollte jedoch das Reich sich zu dem Erlaß eines solchen Gesetzes in absehbarer Zeit nicht entschließen können, so wäre es nach Dominikus an der Zeit, daß die großen norddeutschen Bundesstaaten sich nach dem Muster der süddeutschen Staaten energisch der Sache der öffentlichen Arbeitsnachweise annähmen. In Preußen würde es zu diesem Zwecke vielleicht gar

keines Gesetzes bedürfen, sondern es würde genügen, wie das in den süddeutschen Staaten geschehen, daß der Staat Preußen in einem Budget eine Summe von vielleicht 400 000 Mark einsetzen würde, mit der Bestimmung, sie als Subventionen an die öffentlichen Arbeitsnachweise nach einheitlichen Gesichtspunkten, speziell für den interlokalen Verkehr, zu verteilen. Wenn man verfolge, wie in den letzten zehn Jahren das preussische Handelsministerium durch diese Politik der staatlichen Subventionen nach einheitlichen Gesichtspunkten es verstanden habe, die früher so vollständig darniederliegenden Fortbildungsschulen auch ohne Landesgesetz zu einer erstaunlichen Entwicklung zu bringen, so versteht man nicht, warum dasselbe Ministerium nicht auch auf dem Gebiete des Arbeitsnachweises dieselbe Politik eingeschlagen habe.

Vielleicht findet sich während der parlamentarischen Verhandlungen im Reichstag bzw. im Preussischen Landtag im Laufe des Winters Gelegenheit, die Meinung der Regierungskreise über die Frage einer Regelung des Arbeitsnachweiswesens in dem oben angedeuteten Sinne zu erfahren. Jedenfalls handelt es sich hier um eine Angelegenheit, der auf die Dauer die Regierungskreise im Hinblick auf die nur zu leicht eintretenden schweren Nachteile für den sozialen Frieden nicht teilnahmslos gegenüberstehen dürfen.

Arbeitergefährdende sozialdemokratische Praktiken.

Der sozialdemokratische Metallarbeiter-Verband hat in Hanau eine Bewegung geführt, für die Gold- und Silberarbeiter. „Berühmt“ wurde diese an und für sich still verlaufene Bewegung durch die „Schlagfertigkeit“ des Bezirksleiters Ehrler, der als Vorstandsmitglied Körner vom christlichen Metallarbeiterverband, am 31. Oktober in einer Versammlung in Gmünd ins Gesicht schlug. Das „Beweis“ sozialdemokratischer Bezirksleiter für die Haltung ihres Metallarbeiterverbandes

Nicht immer ist Herr Ehrler so „mutig“, nur wenn es ohne Gefahr gegen anständige christliche Arbeiter geht.

Als Herr Ehrler in St. Ingbert am 9. Mai ds. J. in Fortsetzung einer Versammlung vom 28. März den sozialdemokratischen Metallarbeiterverband verteidigen sollte, kniff er und überließ die Verteidigung den Mitgliedern am Ort, die trotz eines warnenden Flugblattes in die Versammlung gekommen waren. In dieser von 1000 Personen besuchten Versammlung gab es für Ehrler keine Gelegenheit, „schlagende“ Beweise vorzubringen. Seine alltäglichen Nebensarten mochten am 28. März keinen Eindruck auf die Versammelten.

Ueber die Bewegung in Hanau macht Ehrler viel Aufhebens und die Genossen brüsten sich, die christlichen von gemeinsamer Arbeit hier auszuweisen zu haben. Der rote Metallarbeiterverband macht lieber seine Helmschilde, ohne die verhafteten Christlichen in die Karten schauen zu lassen. Diese Ausschaltungspolitik sucht man dann zu begründen mit der verleumderischen Behauptung: Die Christlichen sind „Unternehmerfreunde“. Allzuweit zieht diese Lüge selbst bei den sozialdemokratischen Arbeitern nicht mehr.

So wurde auch 1906 in Oberstein für die Edelmetallarbeiter eine Bewegung eingeleitet. Das Geld war bei den Genossen vom Metallarbeiterverband sehr knapp. Um nun von vornherein die bösen Christen nicht klarsagen zu lassen und die beteiligten freien Gewerkschaftler gegen ihre christlichen Arbeitsbrüder aufzuheizen, schrieb der Sozialbeamte vom deutschen Metallarbeiterverband in der sozialdemokratischen Saarwacht 13. 10. 1906 folgende geschmackvolle Zeilen:

„Doch auch die Votauscheidung, wie sie jede Bewegung nur einmal mit sich bringt, die drei Tugend irreführenden christlichen Schwindelpöffer.“

Hätten sich eingefunden. Der sozialdemokratische Beamte wies ein gemeinsames Vorgehen höhnisch ab. Darum traten die christlichen Metallarbeiter ca. 100. durch ihre Kommission selbstständig an die Arbeitgeber heran und mußten bei der Verhandlung erfahren, daß der deutsche Metallarbeiterverband endlich zu Kreuze gestrichen sei und fürlieb genommen habe mit 5% Lohnerhöhung, die den Arbeitern „welche eine solche verdienen“ versprochen wurden. Die „Saarwacht“ schrieb am 23. Oktober 1906, „unter feinen Umständen diese Betteluppen anzunehmen.“

Der Bezirksleiter Ehrler, der in Gmünd so „stark“ war, konnte infolge des Kronischen Falles im Metallarbeiterverband den Unternehmern in Oberstein nicht bekommen. Darum verlegte er sich aufs Betteln und erließ in den Zeitungen von Oberstein am 26. Oktober 1906 einen Sammerbrief worin es hieß:

„Wenn die Herren Arbeitgeber auch erklärten, die von uns gewünschte Lohnerhöhung von 15 Proz. für alle Arbeiter nicht bewilligen zu können, so glaubten wir doch, daran eine friedliche Einigung nicht scheitern lassen zu dürfen. — — — Wir geben uns der Hoffnung hin, daß die Herren Arbeitgeber bei der Festsetzung der zugesicherten Lohnerhöhung von mindestens 5 Prozent an alle Arbeiter, welche eine solche verbie-

nen, nicht Gunst oder Mißgunst, sondern die Bedürfnisfrage entscheiden lassen.“

Unterzeichnet war diese Glend-Quittung: „Deutscher Metallarbeiterverband.“

Für die Bezirksleitung: Fritz Ehrler.

Für die Ortsverwaltung: David Hübschmann.“

Ein Jahr später sperren die Unternehmer in Oberstein die Arbeiter ¼ Jahr lang aus. Dem sozialdemokratischen Metallarbeiterverband kostete die Bewegung mehr als 300 000 Mark und sie endete mit einer zum ersten Malen Niederlage. Mancher mußten die armen betrogenen, irreführenden Opfer der sozialdemokratischen Schwindelstrategie de- und mehrmütig um Arbeit betteln, ehe sie wieder eingestellt wurden. Heute noch gibt es Arbeitslose aus dieser Bewegung.

Es ist wirklich nicht erfreulich für uns, solche Niederlagen der sozialdemokratischen Arbeiter anzugraben zu müssen. Die infernalische Wut gegen alles, was durch die christlichen Arbeiter unternommen wurde, zwingt uns aber dazu. Schon um der Arbeiterbewegung keine Schande zu bereiten, sollten die Genossen es vermeiden, durch Lügen und Schwindelei ein Urteil zu verbreiten über Streiks und Lohnbewegungen, wie es im „Falle Engel“ über Badisch Rheinfelden geschehen ist. Damit aber noch nicht genug. Im Verlaufe der Bewegung in Hanau nur schlägt der Bezirksleiter Ehrler sogar einen christlichen Arbeiter in öffentlicher Versammlung ins Gesicht. Die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung nennt diese Versammlung „eine weitere interessante Episode.“ Damit haben wir schriftlich den Beweis, daß der Faustkampf bei den Sozialdemokraten ohne Kritik der höheren Instanzen durch die Bezirksleiter angeordnete werden darf, wenn es gegen die Christlichen geht.

Kollegen allerorts im Deutschen Vaterlande, sorgt dafür, daß eure Arbeitsbrüder über solche Brutaltaten aufgeklärt werden, denn dem Ansehen des deutschen Arbeiterstandes wird durch einen solchen Kampf unberechenbarer Schaden zugefügt.

Verantwortlich hierfür ist das System der Sozialdemokratie, welche alles niedertreten will, was ihr hinderlich ist auf ihrem Wege zur Macht. Darum tue ein jeder christlicher Arbeiter seine Pflicht in der Agitation, denn nur durch Gewinnung neuer Massen christlicher Berufskollegen können wir dem unwürdigen Treiben der Sozialdemokraten Einhalt gebieten. Darum an die Arbeit — neue Kämpfer gewinnen! Hoch unsere Ideale und der christliche Metallarbeiterverband!

W. D.

Zur Lage der Zechenmetallarbeiter

wird uns von einem Kollegen geschrieben.

In verschiedenen Nummern unseres Verbandsorgans wurde die Lage der Zechenmetallarbeiter schon besprochen. Der Schreiber in Nr. 33 unseres Organs muß wohl seine Lohnaufstellung in einem besonders guten Bezirk gemacht haben, wenn er schreibt, daß z. B. Löhne von 4—4,30 Mark verdient worden seien. Ich kann aus eigener Erfahrung sagen, daß in einer Zeit, welche man doch sicher als eine gute bezeichnen darf, nämlich die Jahre 1906—07 von verschiedenen Grubengesellschaften Löhne von 3,50 bis 3,80 gezahlt wurden, und zwar an tüchtige Schlosser und Dreher, wie auch an Maschinisten. Dafür stand, wie auch schon in anderen Nummern angeführt wurde, das Ueberdichtenwesen in höchster Blüte, 40—45 Schichte im Monat waren keine Seltenheiten. Kam einer zu seinen Vorgesetzten und bat um Lohnzulage, so wurde er auf Ueberdichtenmachen angewiesen; ja man scheute sich nicht, den Handwerker anzubieten, sie sollen Nachts und Sonntags in den Magazinen Kohlen verladen. Leider fanden sich solche Arbeiter, die sich dazu hergaben.

Als einige Schlosser, Schmiede und Maschinisten sich endlich durch das Beispiel eines christlich organisierten Kollegen ermannen und den Betriebsführer dringend um Lohnerhöhung ersuchten, bot er den Leuten, es ist kaum glaublich, eine Zulage von fünf Pfennig pro Tag an. Die Kollegen erreichten jedoch eine solche von 10 Pfennig pro Tag und die Besprechung, es läme auch auf eine Ueberdichten mehr wie bisher nicht an! Der christlich organisierte Kollege war mit dem Ausschlag nicht zufrieden. Als er deswegen fortwollte, gab man ihm 20 Pfennig pro Tag mehr, aber unter der Bedingung, daß er den andern nichts davon sage. Auch diese großartige Zulage konnte unsern Kollegen nicht umstimmen, so bot man ihm noch weitere 10 Pfennig pro Tag an. Er ließ sich aber trotzdem nicht halten. Auf Befragen erklärte er, daß er das Ueberarbeiten satt habe. Wenn man in einem Monat schon 48 ½ Schicht gearbeitet hätte, so sei das für die Dauer nicht zum Aushalten.

Die Betriebsleitung gab ihm darauf die bezeichnende Antwort, daß die andern Arbeiter förmlich um Ueberarbeit bitten. Wegen seiner Zugehörigkeit zum christlichen Verband würde ihm niemand Schwierigkeiten machen, denn zum Mattieren hätte er auf der Höhe doch keine Zeit. Seine Kollegen seien aber froh, wenn sie Mattieren könnten. Zum Lesen hätten sie nach der Arbeit sicher keine Lust mehr, höchstens würden

Reichstagsverhandlungen im Malergewerbe.

Die Verhandlungen zwecks Abschluß eines Reichstaxiarifes für das deutsche Malergewerbe, die seit dem 5. November in Berlin zwischen dem Hauptverbande deutscher Arbeitgeberverbände im Malergewerbe, dem sozialdemokratischen Gewerkschaftenverbände, dem christl. Malerverbande und dem Hirsch-Dunckersehen Gewerkschaftenverein für das graphische Gewerbe und Maler stattfanden, sind am 15. November abgebrochen worden.

wirtschaft! Großes Aufsehen! Der „Vorwärts“ berichtete gar unter dem angehenden Titel: „Zutunes aus einem christlichen Verband. Zeigt der Perlefall. Er ist nicht unverdächtig. Der Haß gegen die christlichen Gewerkschaften geht eben so weit, daß selbst die größten Scherze als Tatsachen aufgeführt werden.

Terrorismus-Chronik.

Die „Oberbayerische Landeszeitung“ Nr. 282 vom 10. November schreibt unter dem Stichwort „Sozialdemokratischer Terrorismus“: „Von der Firma Nef hier entlassen wurde vorigen Samstag der Maschinenarbeiter J. H. Derselbe war 9 1/2 Jahre bei der Firma beschäftigt, 45 Jahre alt und hat zwei unerwachsene Kinder. Der Grund der Entlassung liegt in der Weigerung, dem soziald. Holzarbeiterverband beizutreten.“

Aus dem Verbandsgebiet.

Amberg. Bekanntlich bestand früher im Reich großer Mangel an Bergarbeiter (Bergflöhe) die (Bergflöhe) die Arbeiter diejenige Zeitung hatten und lesen mußten, die dem Unternehmer genehm war. Die politische Entwicklung und besonders die im letzten Jahrzehnt erfolgten gewerkschaftlichen Organisations haben unter anderem auch diesen Zwang zum größten Teil beseitigt.

„Die Lügen wie die Teufel.“

Die Sozialdemokratie führt seit Monaten gegen die christlichen Gewerkschaften einen wüsten Kampf, wobei auch zu den unlauteren Mitteln gegriffen wird. So geht zurzeit eine Notiz durch die sozialdemokratische Presse, worin behauptet wird, die christlich-organisierten Textilarbeiter hätten in Lauterbach-Bell (Elsass) Streikbruch verübt. Der Verlauf der Dinge war aber dergestalt, daß man eher das Gegenteil behaupten könnte.

Streiks und Lohnbewegungen.

- Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluss ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzuwenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugang fort.
München. In der Gießerei der Firma Vonderhecken sind Differenzen ausgebrochen.
Saarn (Wesf.). Die Wesf. Gerb- und Fleischerfabrik E. W. Wilms ist für Formier- und Blecherarbeiter gesperrt.
Göttingen. Bei der Firma Christl. Mäler sind die Arbeiter in den Ausstand getreten.
Bromberg. Der Schlosserstreik bei der Firma Rumme u. Sohn ist beendet und damit die Sperre über diese Firma aufgehoben.

In den letzten Jahren sind einige Unternehmer auf Umwegen hier und da zum gleichen System zurückgekommen, nur mit dem Unterschiede, daß solche Unternehmer die Zeitung zum großen Teile selbst bezahlen und den Lesern neben den jährlichen und spärlichen Almosen auch einen freundlichen Blick spenden (an gelben Stützungstafeln).

Bekanntmachung.

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 28. November 1909 der achtundvierzigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 28. November bis 5. Dezember fällig.

Eine solche Zeitung von Unternehmern ist auch die gelbe „Wehr“. Die Wehr wehrt sich dagegen, daß die Arbeiter selbständig ihre Interessen vertreten. Deshalb ist es auch nicht zu verwundern, wenn die Wehr soziald. Verleumdungen gegen die christlichen Gewerkschaften abschreibt oder sonst „geistreiche“ Artikel bringt.

Mögllich gaben nachher die Sozialdemokraten die Parole aus: Die Arbeitsaufnahme soll erst am nächsten Morgen erfolgen. Diese Aenderung erfolgte nur zu dem Zweck, die christlich organisierten Arbeiter zu täuschen und um denselben nachträglich die Schuld an dem verlorenen Kampf in die Schuhe schieben zu können.

Solche und ähnliche gelbe Verleumdungen vermögen die Arbeiter nicht dauernd über das namenlose Elend gelber Blätter hinweg zu täuschen. Lassen wir einmal nur ein kleines Beispiel folgen: Jemand ein angeheurer Parteilicher in Amberg hatte z. B. 16 Mark Wochenlohn und eine Familie mit 5 Kindern zu ernähren. Im besten Mannesalter wurde er nun arbeitsunfähig, aber die gelbe Pensionstafel, deren Mitglied er ist, verlangt mindestens 15 Jahre Dienstzeit — so blieb dem Arbeiter schließlich nichts als die Enttäuschung.

Freie Gewerkschaften und Freierwerb

ziehen an einem Strange. So lesen wir vom „freien“ Verband der Bauhilfsarbeiter, Hauptstelle Nürnberg, in der „Frankfurter Tagespost“, Nr. 249, 25. Okt. 09, daß dessen Versammlung vom 20. Okt. d. J. beschloßen hat, dem Verbands bayerischer Freiberger (Eih Fürth) als Zuschuß für bessere und ausgiebige Agitationseinrichtung gegen das volksverhummende Passivum aus der Lokaltasse 20 Mk. zu bewilligen.“

Zur Beachtung für wandernde und arbeitslose Mitglieder. Alle Kollegen, die Arbeit suchen, sind verpflichtet, sich stets zunächst bei der örtlichen Leitung des Verbandes zu melden, um sich über die einschlägigen Verhältnisse zu erkundigen.

Düsseldorf. Eine außerordentliche Generalversammlung, die einen hoffnungstreuen Eindruck auf sämtliche Kollegen ausübte, fand am Sonntag, den 7. November, im Paulushaus statt. Zu derselben hatten sich die Kollegen zahlreich eingefunden, jedoch der letzte Platz im Saale besetzt war.

Deutlicher kann wohl die christentumsfeindliche Haltung der soziald. Verbände nicht dokumentiert werden. Und trotzallem haben nicht wenige Agitatoren im sozialdemokratischen Lager noch immer die Kühnheit, mit ihrer angeblichen religiösen Neutralität auf dem Gimpelgang auszusziehen. Ihnen muß mit Material, wie dem vorstehenden, die Heuchlermaske gelüftet werden, damit alle christlich denkenden Arbeiter sehen, wohin sie gehören, nämlich nur in die christlichen Berufsorganisationen.

Die Aufnahmestelle von allen dem Verbands beitretenden Mitarbeitern, auch von den aus anderen Organisationen übertretenden sind genau auszufüllen, vom Kassierer der Ortsgruppe aufzubewahren und bei der Quartalsabrechnung mit an die Zentrale einzuliefern.

Nach der Eröffnung durch den Vorsitzenden Kollegen Buschmann ergriff zunächst Kollege Schmitt-Köln als Leiter des Bezirks das Wort, um in überzeugender Weise den Kollegen die dringende Notwendigkeit der Zusammenlegung der beiden Bezirke darzulegen.

Blinder Eifer schadet nur.

Ein köstlicher Beifall ist verschiedenen, den christlichen Gewerkschaften nicht freundlich gesinnten Blättern passiert. So auch dem „Vorwärts“. Ein bauernbündlerisches Blatt in Würzburg, das vor allem den bayerischen Postler-Verband nicht ausstehen kann, hatte dieses und jenes an dem Verbands auszusprechen und brachte mit der wichtigsten Miene von der Welt Selbstverständlichkeiten hervor, die kompromittierend wirken sollten.

Alle Zuschriften in Verbandsangelegenheiten ohne Unterschrift sowie alle Geldsendungen für den Verband sind an die Geschäftsstelle des christlichen Metallarbeiterverbandes, Dulsburg, Seltenstraße 19 und nicht an die persönliche Adresse einzelner Beamten zu adressieren.

Der neue Lokalbeamte sei kein Mitglied in der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Seit dem Jahre 1901 in unserem Verbands organisiert, habe er immer im Vordergrund der Bewegung mitgestanden, bis ihm im Jahre 1907 die Ortsverwaltung Esjen auf die Stelle eines Lokalbeamten wählte.

Berlin. Das Mitgliedsbuch Nr. 55143, auf den Namen Heinrich Schiefer lautend, ist verloren gegangen und wird hiermit für ungültig erklärt.
Alle größeren Requisitionen werden ersucht, die überschüssigen Verbandsgelder als Barfußzahlungen an die Hauptkasse zu senden.

Hierauf ergriff der neue Beamte Kollege Leupke das Wort, um in längerer Ausführungen die Mitarbeit jedes Kollegen am Verbandsleben den Anwesenden einmal vor Augen zu führen.

Das soll mindestens am Schlusse eines jeden Monats geschehen, damit die Gelder nicht zinslos in den örtlichen Verwaltungsstellen liegen bleiben sondern an der Zentrale im Interesse des Verbandes Verwendung finden können.

